

Warnstreik in Braunschweig: Nahverkehr und Kitas betroffen!

Am 12. Februar 2025 finden umfassende Warnstreiks in Niedersachsen, einschließlich Bremen, statt, was den öffentlichen Nahverkehr stark beeinträchtigt.

Braunschweig, Deutschland - In Braunschweig findet am kommenden Mittwoch, den 12. Februar 2025, ein Warnstreik der Gewerkschaft Verdi statt. Der gesamte Nahverkehr wird zum Stillstand kommen, da alle Busse und Stadtbahnen nicht in Betrieb genommen werden. Lediglich der Schöplerverkehr zu Grundschulen wird aufrechterhalten, sodass die Kinder zumindest eine sichere Möglichkeit haben, zu ihren Bildungseinrichtungen zu gelangen.

Die Auswirkungen des Warnstreiks sind weitreichend. In den Kitas der Stadt werden viele Einrichtungen geschlossen oder sind nur eingeschränkt geöffnet. Darüber hinaus konzentriert sich der Warnstreik auch auf verschiedene städtische Dienstleistungen: Das Klinikum Braunschweig wird nur im Notbetrieb arbeiten, einige städtische Bäder bleiben teilweise geschlossen und die Müllabfuhr könnte ebenfalls betroffen sein, was zu erheblichen Beeinträchtigungen im Stadtbild führen könnte. Im Landkreis Peine fallen am Mittwoch alle Linienbusse der Peiner Verkehrsgesellschaft (PVG) und des Kraftverkehrs Mundstock (KVM) aus, wie [n-tv](#) berichtet.

Breitere Auswirkungen des Warnstreiks

Der Warnstreik ist Teil einer landesweiten Mobilisierung, die von den Gewerkschaften ver.di und komba initiiert wurde. Die

gesamte Woche über sind Warnstreiks in Niedersachsen geplant, wobei der Schwerpunkt auf Braunschweig gelegt wird. In vielen Städten, darunter Oldenburg, Wolfenbüttel, Celle und im Heidekreis, sind ähnliche Streikkundgebungen und Kündigungen von Einrichtungen zu erwarten, sodass die Bürger mit massiven Einschränkungen in verschiedenen Bereichen rechnen müssen. Laut [ndr.de](https://www.ndr.de) haben auch in Oldenburg Streikaktionen begonnen, während in Wolfenbüttel die Mitarbeiter von KITAS, Stadtwerken, Müllabfuhr und Jobcenter die Arbeit niederlegen.

Hintergrund des Warnstreiks sind die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen, bei denen die Gewerkschaften einen Druck auf die Arbeitgeber ausüben möchten. Ein Ziel besteht darin, ein höheres Gehalt von acht Prozent für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu erreichen. Die nächste Verhandlungsrunde in diesem Zusammenhang findet am Montag in Potsdam statt, während die erste Verhandlungsrunde Ende Januar ergebnislos war.

Details	
Vorfall	Notfall
Ursache	Tarifstreit
Ort	Braunschweig, Deutschland
Quellen	• www.n-tv.de • www.ndr.de

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)